



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayern unterstützt Sinti und Roma!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Landesverband der Sinti und Roma einen Staatsvertrag zu erarbeiten, um insbesondere

- jeglicher Diskriminierung von Angehörigen der Minderheit entgegenzuwirken und gesellschaftlichen Antiziganismus wirksam zu bekämpfen,
- die Wahrnehmung und Achtung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität der Sinti und Roma unter anderem in den Bereichen Bildung, Medien und Wissenschaft im Sinne eines respektvollen gesellschaftlichen Miteinanders zu verbessern,
- das Recht der Sinti und Roma auf Anerkennung und Gedenken der Verbrechen des Nationalsozialismus zu wahren und zur Förderung eines angemessenen Geschichtsbewusstseins beizutragen.

Begründung:

Roma und Sinti sind ein Teil von Bayern. Nach dem vom Europarat erarbeiteten und in Deutschland 1998 in Kraft getretenen Übereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten sollen Roma und Sinti vor Diskriminierung und Assimilierung geschützt werden. Darüber hinaus verpflichtete sich Deutschland mit der Unterzeichnung „zum Schutz der Freiheitsrechte und zu umfänglichen Maßnahmen zu Gunsten der nationalen Minderheiten“. Speziell Kultur, Sprache und Bräuche der nationalen Minderheiten sollen aktiv gefördert werden. Die Umsetzung der meisten Unterstützungs- und Förderungsprogramme ist in vielen Aspekten Aufgabe der jeweiligen Bundesländer.

Bei einem von der EU eingeforderten Bericht zur Umsetzung der Roma-Strategie in Deutschland aus dem Jahr 2013 wird der Handlungsbedarf in Bayern deutlich. Es bedarf der Umsetzung der auf EU-Ebene beschlossenen Strategie und des auf Bundesebene verabschiedeten Maßnahmenpakets in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Antidiskriminierung sowie der Finanzierung dieser Maßnahmen. Hierzu hat beispielsweise das Land Baden-Württemberg bereits vor einem Jahr einen Staatsvertrag mit dem Landesverband der Roma und Sinti unterzeichnet und somit eine verbindliche Grundlage für die Rechts- und Finanzierungsbeziehungen zwischen Land und Landesverband geschaffen. Auch die rheinland-pfälzische Landesregierung hat bereits 2005 eine Rahmenvereinbarung mit dem dortigen Landesverband geschlossen.

In dem Staatsvertrag auf der bayerischen Ebene sollen folgende Punkte Beachtung finden: Die institutionelle Förderung des Landesverbands Sinti und Roma, die Verankerung der Geschichte und Gegenwart von Sinti und Roma in den Bildungsplänen des Landes, der Auf- und Ausbau von ergänzenden Schul-, Bildungs- und Kulturangeboten für junge Sinti und Roma zur Vermittlung ihrer Sprache und Kultur sowie die Ermöglichung einer angemessenen Wahrnehmung und Vertretung von deutschen Sinti und Roma in Kultur, Wissenschaft und Medien.